

Antwort
der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 3002
des Abgeordneten Steeven Bretz
Fraktion der CDU
Landtagsdrucksache 5/7538

Erweiterungsbau und Sanierung des Humboldt-Gymnasiums in Potsdam

Wortlaut der Kleinen Anfrage Nr. 3002 vom 27.06.2013

Erweiterungsbau und Sanierung des Humboldt-Gymnasiums in Potsdam

Die Planungen für die Sanierung und den Erweiterungsbau des Potsdamer Humboldt-Gymnasiums reichen bis in das Schuljahr 2005/06 zurück. Seither erlebte die Schule eine Odyssee des Hoffens, Wartens und Vertröstens, einschließlich mehrerer Zusagen, dass mit den geplanten Maßnahmen nun alsbald begonnen werden könne. Im Jahr 2012 wurde der Schule dann letztmalig zugesagt, dass die geplanten Baumaßnahmen am 20. Juni 2013 starten können. Mit Schreiben vom Dezember 2012 hat sich die Landeshauptstadt Potsdam an die oberste Denkmalschutzbehörde des Landes Brandenburg gewandt. Diese hat in ihrem Schreiben von Anfang Juni 2013 - also nach etwa halbjährlicher Prüfung - gegenüber der Stadtverwaltung schwere Bedenken zu den geplanten Baumaßnahmen geäußert.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welchen Kenntnisstand hat die Landesregierung zu den geplanten Baumaßnahmen am Potsdamer Humboldt-Gymnasium? (bitte ausführlich)
2. Wie beurteilt die Landesregierung den Zustand und die baulichen Gegebenheiten im Altbau des Gymnasiums?
3. Welche Meinung vertritt die Landesregierung – angesichts der örtlichen Situation - zur Notwendigkeit der Sanierungsmaßnahme?
4. Welche Gespräche und Vereinbarungen wurden zwischen Landeshauptstadt Potsdam und der Landesregierung zur Realisierung des Vorhabens geführt bzw. getroffen?

5. Inwiefern unterstützt die Landesregierung die Landeshauptstadt Potsdam bei der Realisierung des Vorhabens (administrativ, finanziell)?
6. Wie beurteilt die Landesregierung das Schreiben der obersten Denkmalschutzbehörde vom Juni 2013?
7. Wie konnte es dazu kommen, dass der Schule der Beginn der Baumaßnahme für Juni 2013 in Aussicht gestellt wurde und eine Behörde des Landes – also kurz vor dem geplanten Baubeginn - derart gravierende Einwände erhebt? (bitte ausführlich)
8. Sind der Landesregierung denkbare Interessenkollisionen bekannt, die eine Verhinderung des Bauvorhabens zum Ziel haben können?
9. Sieht die Landesregierung die Möglichkeit, durch eine Ministerentscheidung zugunsten der geplanten Baumaßnahme eine Beschleunigung des Verfahrens zu erreichen?
10. Welche Lösungsinitiativen gab es seitens der Landeshauptstadt Potsdam nach dem Bekanntwerden der neuerlichen Verzögerung durch die oberste Denkmalschutzbehörde?
11. Welche weiteren Möglichkeiten sieht die Landesregierung der Schule bei der zeitnahen Realisierung des Vorhabens zu helfen?

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Welchen Kenntnisstand hat die Landesregierung zu den geplanten Baumaßnahmen am Potsdamer Humboldt-Gymnasium? (bitte ausführlich)

Zu Frage 1:

Dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur wurden im Rahmen eines Gespräches am 3. Juli 2013 mit der Landeshauptstadt Potsdam und dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum die geplanten Baumaßnahmen konkret vorgestellt.

Frage 2:

Wie beurteilt die Landesregierung den Zustand und die baulichen Gegebenheiten im Altbau des Gymnasiums?

Zu Frage 2:

Über den konkreten Zustand und die baulichen Gegebenheiten im Altbau des Humboldt-Gymnasiums liegen der Landesregierung keine Informationen vor.

Frage 3:

Welche Meinung vertritt die Landesregierung – angesichts der örtlichen Situation - zur Notwendigkeit der Sanierungsmaßnahme?

Zu Frage 3:

Die Notwendigkeit der Sanierungsmaßnahme wird nicht bezweifelt.

Frage 4:

Welche Gespräche und Vereinbarungen wurden zwischen Landeshauptstadt Potsdam und der Landesregierung zur Realisierung des Vorhabens geführt bzw. getroffen?

Zu Frage 4:

Im Ergebnis des Gesprächs zwischen dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur, der Landeshauptstadt Potsdam und dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseums am 3. Juli 2013 verständigten sich alle Beteiligten auf ein gemeinsames Vorgehen. Damit kann die Landeshauptstadt Potsdam das geplante Bauvorhaben in modifizierter Form weiterführen.

Frage 5:

Inwiefern unterstützt die Landesregierung die Landeshauptstadt Potsdam bei der Realisierung des Vorhabens (administrativ, finanziell)?

Zu Frage 5:

Gemäß § 100 Abs. 2 des Brandenburgischen Schulgesetzes (BbgSchulG) beschließt der Schulträger über die Errichtung, Änderung und Auflösung von Schulen und verwaltet diese als pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe. Er stellt insbesondere die Schulanlagen, Gebäude, Einrichtungen, Lehrmittel und das sonstige Personal. Die Schulträger tragen damit die investiven und laufenden Kosten des Schulbetriebes. Eine administrative oder finanzielle Unterstützung bei der Realisierung des Vorhabens erfolgt durch die Landesregierung nicht.

Frage 6:

Wie beurteilt die Landesregierung das Schreiben der obersten Denkmalschutzbehörde vom Juni 2013?

Zu Frage 6:

Das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologische Landesmuseum hat als Denkmalfachbehörde in seinem Schreiben an die Landeshauptstadt Potsdam vom 7. Juni 2013 die Gründe vorgetragen, die denkmalfachlich gegen die Ausführung der Baumaßnahme in der beantragten Form sprechen. Im Rahmen des Gesprächs am 3. Juli 2013 konnten die denkmalfachlichen Bedenken zwar nicht vollständig ausgeräumt werden, jedoch steht durch eine Modifikation des Antrags der Durchführung der Baumaßnahme nichts mehr im Wege.

Frage 7:

Wie konnte es dazu kommen, dass der Schule der Beginn der Baumaßnahme für Juni 2013 in Aussicht gestellt wurde und eine Behörde des Landes – also kurz vor dem geplanten Baubeginn - derart gravierende Einwände erhebt? (bitte ausführlich)

Zu Frage 7:

Die Denkmalfachbehörde hat bereits seit Januar 2013 gegenüber der Landeshauptstadt Potsdam denkmalfachliche Bedenken gegen die Baumaßnahme deutlich gemacht. Die Hintergründe, warum der Schule der Beginn der Baumaßnahme von der Landeshauptstadt Potsdam für Juni 2013 in Aussicht gestellt wurde, sind der Landesregierung nicht bekannt. Die Landeshauptstadt Potsdam sichert zu, zukünftig denkmalfachliche Belange frühzeitiger, also bereits im Vorplanungsprozess einzubeziehen, um zukünftig vergleichbare Konflikte möglichst zeitig auszuräumen.

Frage 8:

Sind der Landesregierung denkbare Interessenkollisionen bekannt, die eine Verhinderung des Bauvorhabens zum Ziel haben können?

Zu Frage 8:

Solche Interessenkollisionen sind der Landesregierung nicht bekannt.

Frage 9:

Sieht die Landesregierung die Möglichkeit, durch eine Ministerentscheidung zugunsten der geplanten Baumaßnahme eine Beschleunigung des Verfahrens zu erreichen?

Zu Frage 9:

Eine Ministerentscheidung ist nicht erforderlich.

Frage 10:

Welche Lösungsinitiativen gab es seitens der Landeshauptstadt Potsdam nach dem Bekanntwerden der neuerlichen Verzögerung durch die oberste Denkmalschutzbehörde?

Zu Frage 10:
vgl. Antwort zu Frage 4

Frage 11:
Welche weiteren Möglichkeiten sieht die Landesregierung der Schule bei der zeitnahen Realisierung des Vorhabens zu helfen?

Zu Frage 11:
vgl. Antwort zu Frage 4